Schreiben von Willy Brandt an Edward Heath (8. März 1973)

Legende: In einem Schreiben an den britischen Premierminister Edward Heath betont Willy Brandt am 8. März 1973 die Gefahr, die die Währungskrise für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften darstellt. Nach Ansicht des Kanzlers ist die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an den Maßnahmen, insbesondere an der Freigabe der Wechselkurse der Währungen, unbedingt notwendig, um die Krise zu beenden. Um seinen britischen Amtskollegen zu überzeugen, deutet Brandt die Möglichkeit spezieller Kursgarantien für das Vereinigte Königreich an, sollte das Pfund Sterling in das Währungsgebiet einbezogen werden.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [VS-Bd. 523 (Büro Staatssekretär)].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:
Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL: http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_edward_heath_8_marz_1973-de-18145c91-22c6-4281-ac3a-b29b95573a84.html

Publication date: 03/07/2013

Schreiben von Willy Brandt an Edward Heath (8. März 1973)

8. März 1973

Sehr geehrter Herr Premierminister,

lassen Sie mich Ihnen zunächst noch einmal versichern, wie sehr ich mich über Ihren Besuch in Bonn und unsere Gespräche gefreut habe. Ich habe es sehr bedauert, daß Sie wegen der Währungssituation vorzeitig zurückreisen mußten, und hoffe, Sie werden die vorgesehene Reise durch Süddeutschland bei nächster Gelegenheit nachholen.

Haben Sie vielen Dank für Ihr ausführliches Schreiben vom 6. März, in dem Sie mir noch einmal Ihren Standpunkt zu den währungspolitischen Problemen darlegen.

Ich bin Ihnen und Ihren Mitarbeitern außerordentlich dankbar für die großen Anstrengungen, die Sie unternommen haben, um die Voraussetzungen zu klären, die für Ihre Regierung erfüllt sein sollten, damit es zu einer europäischen Lösung der währungspolitischen Schwierigkeiten kommen kann.

Ich habe es ebenfalls als sehr angenehm empfunden, daß nicht nur zwischen uns, sondern auch im Rat der Europäischen Gemeinschaft diese Probleme in großer Offenheit besprochen werden konnten.

Mit dem, was Sie beim Diner auf Schloß Gymnich sagten, stimme ich nach wie vor voll überein: Wir befinden uns an einem Punkt der europäischen Entwicklung, an dem die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Wir müssen nach Lösungen suchen, die für lange Zeit Bestand haben.

Die Entscheidung stellt sich für mich nicht so dar, daß wir zwischen dem Status quo der Währungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten und einem europäischen Fortschritt zu wählen hätten, sondern die Wahl liegt zwischen einer überzeugenden, die Integration weiterführenden Lösung und der Gefahr eines Rückfalls der Gemeinschaft in eine Zollunion. Ich bin weiterhin fest entschlossen, eine gemeinschaftliche Lösung anzustreben, wobei wir uns auf die Vorschläge der Kommission stützen können.

Wenn ich nun auf die auch von Ihnen in Ihrem Schreiben angesprochenen einzelnen Aspekte eingehe, so lassen Sie mich offen sagen, daß mir der Vorschlag, den der Chancellor of the Exchequer, Mr. Barber, am Sonntag in Brüssel vorgelegt hat, nicht frei von Problematik erscheint. Auch ich bin zwar der Auffassung, daß die Europäische Gemeinschaft mit ihrem ganzen Gewicht die Währungen stützen muß, die möglicherweise vorübergehend in Schwierigkeiten geraten könnten. Schon diese Ankündigung würde wahrscheinlich genügen, diese Schwierigkeiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Eine Beistandszusage ohne Begrenzung des Betrages, ohne Bedingungen und ohne Rückzahlungsverpflichtung könnte sich jedoch leicht als eine gefährliche Quelle für die Beschleunigung des ohnehin besorgniserregenden Inflationsprozesses innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erweisen.

Ich meine, wir sollten zwischen kurzfristigen Zahlungsbilanzdefiziten auf der einen Seite und strukturellen Umschichtungen von Zahlungsbilanzreserven auf der anderen Seite unterscheiden. Was den ersten Punkt betrifft, so glaube ich nicht, daß ein gemeinsames Floating zu einer Vergrößerung der Zahlungsbilanzdefizite einzelner Länder der Europäischen Gemeinschaft führen könnte, und zwar um so weniger, falls die kurzfristigen Kapitalbewegungen durch die vorgesehenen Kontrollen eingeschränkt werden. Viel wird dabei sicherlich davon abhängen, daß die am Anfang fixierten Paritäten realistisch sind. Aus Gründen der inneren Stabilität der Gemeinschaft sollte es meines Erachtens bei relativ strengen Regeln für den Saldenausgleich innerhalb der Gemeinschaft bleiben. Die deutsche Delegation im Währungsausschuß hat darüber hinaus bereits Vorschläge für eine erhebliche Ausweitung des kurzfristigen Beistands der Notenbanken unterbreitet. Dies scheint mir für die normalen Erfordernisse zunächst ausreichend. Meine Regierung ist aber für Modifikationen durchaus offen.

Das viel schwierigere Problem scheint mir im Falle Großbritanniens darin zu liegen, daß es zu Umschichtungen der Pfund-Guthaben kommen könnte. Ein unlimitierter Kredit würde eine derartige

Entwicklung eher fördern. Ich meine, wir sollten nach einem System suchen, das es ermöglicht, derartige Umschichtungen gar nicht erst eintreten zu lassen. Der Vertreter meiner Regierung im Währungsausschuß hat deshalb die Möglichkeit einer Kursgarantie für Sterling-Guthaben zur Diskussion gestellt. Sie könnte durch eine Kreditzusage in einer noch näher festzulegenden Größenordnung ergänzt werden.

Ein Modell, wie ich es hier in wenigen Worten skizziert habe und das natürlich von den Experten noch im einzelnen ausgehandelt werden müßte, wäre meines Erachtens eine überzeugende Vorkehrung gegen die von Ihnen befürchteten Risiken einer britischen Beteiligung an einem gemeinsamen Floating.

Ich darf allerdings nicht unerwähnt lassen, daß das Zustandekommen einer derartigen Lösung nicht vom guten Willen der Bundesrepublik allein abhängt, sondern auch die Zustimmung und Mitwirkung der anderen Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft finden müßte. Die Probleme, die Sie für eine Beteiligung an einem gemeinsamen Floating sehen, können sicherlich nicht bilateral zwischen unseren Ländern geregelt werden, obwohl ich mir beim Zustandekommen einer europäischen Lösung ergänzende bilaterale Absprachen durchaus vorstellen kann. Diese können die europäische Lösung zwar nicht ersetzen, wohl aber erleichtern.

Mr. Barber und Herr Schmidt werden sicher Gelegenheit haben, die in unserem Schriftwechsel behandelten Probleme noch eingehend in den nächsten Tagen zu erörtern.

Was mich betrifft, so werde ich alles in meiner Kraft Stehende tun, um der europäischen Zusammenarbeit zu einem Erfolg zu verhelfen. Die Krise, mit der wir gegenwärtig konfrontiert sind, enthält bei allen besorgniserregenden Aspekten auch die Chance eines großen Schritts nach vorn, die wir nach Möglichkeit nutzen sollten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Willy Brandt